

## KURZ UND PRÄGNANT

### Verfassungsrechtliche Zweifel klären

Nachdem der Landtag am 27. Februar entschieden hatte, die Zulässigkeit des von der CDU beantragten Untersuchungsausschusses zum Aktenfund in Immelborn im Justizausschuss prüfen zu lassen, erklärte André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion: „Die Behauptung, dass Minderheitenrechte beschnitten werden sollen, weisen wir entschieden zurück. Wenn berechnete verfassungsrechtliche Zweifel bestehen, muss es erlaubt sein, diese zu benennen und ihnen – wie gesetzlich vorgesehen – nachzugehen. Schließlich geht es auch um die Fragestellung, ob die Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten weiterhin gewährleistet wird oder ob das Einsetzen eines Untersuchungsausschusses unzulässigen Einfluss auf dessen Amtsausübung nimmt.“ Dorothea Marx, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, hatte betont: „Natürlich nehmen wir Minderheitenrechte des Parlaments ernst. Diese stehen hier auch nicht infrage. Allerdings hegen wir große und verfassungsrechtlich durchaus begründete Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Antrags der CDU. In den Koalitionsfraktionen sind wir uns einig, die Prüfung des Ausschussantrags bis zum Märzplenar abschließen zu wollen.“ ■

### Absage an Pläne zur Datenspeicherung

„Die Grundrechtsverweigerer in der Bundesregierung sollten von ihren Plänen zur Vorratsdatenspeicherung schnellstens wieder Abstand nehmen“, forderte Katharina König, Sprecherin für Netzpolitik und Datenschutz der Linksfraktion, mit Blick auf Ambitionen, die Datensammlung auf Vorrat auch ohne neue EU-Richtlinie in Deutschland umzusetzen. „Hat man sich früher hinter der EU verstecken können, wird nun deutlich, dass es eigentlich die Sicherheitspopulisten in der Bundesregierung sind, die die systematische Massenüberwachung unbedingt wollen.“ DIE LINKE hat sich von Anfang an gegen die anlasslose Speicherung der Daten aller Bürger ausgesprochen. Sowohl das höchste Europäische Gericht als auch das Bundesverfassungsgericht hatten festgestellt, dass die Vorratsdatenspeicherung Grundrechte verletzt. „Die Europäische Kommission hat Abstand vom Vorhaben genommen, eine neue Richtlinie zu verabschieden. Es wird Zeit, dass auch die deutsche Regierung sich zu den Grundrechten bekennt und nicht immer wieder neue Angriffe darauf unternimmt.“ ■

# Unerträgliche und zynische Argumentation

Aus der von der AfD-Fraktion beantragten Landtagsdebatte zum Winterabschiebestopp

**In einer Aktuellen Stunde – sie war von der Fraktion der AfD beantragt worden – beschäftigte sich der Thüringer Landtag in seiner Sitzung am 25. Februar mit dem von der Thüringer Landesregierung erlassenen Winterabschiebestopp für Flüchtlinge.**

In der Begründung des Antrags machte der Vorsitzende der Fraktion „Alternative für Deutschland“, Björn Höcke, mit wahrheitswidrigen Behauptungen Stimmung gegen Flüchtlinge. Er sprach von „Asylantenzahlen“, die „einmalig in der Welt“ wären. Und weiter (aus dem Plenarprotokoll):

„Im Jahr 2014 haben 200.000 Menschen in Deutschland einen Asylantrag gestellt. Noch nicht einmal 2 Prozent dieser Anträge wurden nach Artikel 16 a des Grundgesetzes positiv beschieden. Nur 10 Prozent der abgelehnten sind allerdings abgeschoben worden. Der Rest wird entweder geduldet oder hält sich illegal in Deutschland auf.“

*Zwischenruf Steffen Dittes, DIE LINKE: „Das ist schon eine Lüge!“*  
*Astrid Rothe-Beinlich, GRÜNE: „Kein Mensch ist illegal!“*

Dann griff Höcke den Ministerpräsidenten an, der gesagt hatte, er lehne sowohl eine Quote als auch eine Nützlichkeits-Debatte ab.

(Aus dem Protokoll) „Ich sage Ihnen, Herr Ministerpräsident Ramelow, wer Einwanderung ohne Nützlichkeitsprüfung zulässt,

*Astrid Rothe-Beinlich: „Sie sind ein Rassist, Herr Höcke!“*  
der verrät die Interessen des eigenen Landes.

*Frank Kuschel, DIE LINKE: „Hier spricht der neue ‘Führer’ der neuen Rechten!“*

Am Ende wollte Höcke auch noch „betonen, der Winterabschiebestopp, Herr Ministerpräsident, ist nichts anderes als ein erster Schritt zur Umsetzung Ihrer Multikulti-Utopie namens „Buntes Thüringen“.

### „AfD unterschlägt mal fix Artikel 1 Abs. 1 Grundgesetz“

Für die Linksfraktion ergriff in der Debatte die Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik, Sabine Berninger, das Wort. Sie setzte sich mit der Behauptung der AfD auseinander, das Asylrecht und der von der Thüringer Landesregierung erlassene Abschiebestopp würden missbraucht, um Zuwanderung zu regeln, das Grundgesetz definiere Deutschland nicht als Zuwanderungsland, da es eindeutig auf den Begriff des deutschen Volkes setze.

Die LINKE-Politikerin betonte: „Bei dieser völkischen Argumentation unterschlägt die AfD mal fix Artikel 1 Abs. 1 des Grundgesetzes ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar‘ und Artikel 3 Abs. 1 ‚Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich‘. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben aus guten Gründen nicht von der unantastbaren Würde nur der Deutschen geschrieben

und nicht festgelegt, nur alle Deutschen seien vor dem Gesetz gleich. Das aber passt natürlich nicht in ein nationalistisches Weltbild, ebenso wenig, dass die Bundesrepublik sich den Menschenrechtspakten der UN angeschlossen hat, dem Pakt über politische Rechte, dem Pakt über soziale Rechte, aber auch der Genfer Flüchtlingskonvention, und sich u.a. damit deutlich – und natürlich ist das für Verfechter der völkischen Ideologie schwer zu ertragen – zu Weltoffenheit und Zuwanderung bekannt hat.“

Zur von der AfD verbreiteten Rechtsauffassung, man könne keinesfalls die winterliche Kälte zu den humanitären Gründen rechnen, weil ja alle Menschen in dem Herkunftsland die winterliche Kälte ertragen müssten und jeder Staat hinreichend Möglichkeiten hätte, die Rückkehrer unterzubringen und dass es nicht ausgemacht sei, dass in allen betroffenen Staaten die Kälte lebensbedrohlich oder gesundheitsgefährdend sei, erklärte Sabine Berninger: „Was für eine unerträgliche und zynische Art, die Situation der geflüchteten Menschen schönzureden.“

### „Sie sind genauso schlimm wie Herr Höcke!“

Unerträglich und zynisch, so Sabine Berninger weiter, „ihnen die Fluchtgründe wie zum Beispiel Diskriminierung als Minderheit abzusprechen, zu negieren, dass Menschen in Länder zurückkehren müssen, in denen sie kein Obdach haben, weil beispielsweise ihr Haus eingerissen oder enteignet wurde, oder wo sie, weil Ausgrenzung und Diskriminierung an der Tagesordnung sind, ohne Arbeitsplatz sind, kein Geld für Holz oder Kohlen verdienen dürfen oder um sich und ihre Kinder gut zu ernähren oder zu kleiden, und zwar, weil sie einer Minderheit angehören und der Staat sich zuerst um die Mehrheitsbevölkerung kümmert, wie das beispielsweise in den durch die Bundesregierung bestimmten sogenannten sicheren Herkunftsländern immer noch gang und gäbe ist.“

Der CDU-Abgeordneter Christian Herrgott sprang der AfD bei und sagte: „Eine der ersten Amtshandlungen der aktuellen Landesregierung war es, einen sogenannten Winterabschiebestopp zu beschließen. Diese Maßnahme war im Dezember falsch und ist heute noch genauso falsch wie damals.“ Die Landesregierung konstruiere „unter Zuhilfenahme des Klimas und des Wetters einen Grund, den Aufenthalt noch ein paar Monate zu verlängern. Das ist nicht im Sinne des Gesetzes.“ Als er dann noch mit den Temperaturen in Irak oder Afghanistan argumentierte, „mittleres Temperaturmaximum 40,2 Grad Celsius“, rief ihm Sabine Berninger zu: „Sie sind genauso schlimm wie Herr Höcke!“ ■

## „Lesertreffen“ der rechtsextremen „Zuerst“ im Bio Seehotel Zeulenroda

**Nach Erkenntnissen der Linksfraktion fand kürzlich im Bio Seehotel Zeulenroda das diesjährige „Lesertreffen“ der rechtsextremen Zeitschrift „Zuerst!“ statt. Konspirativ war die Veranstaltung seit Wochen für den Raum Sachsen-Anhalt/Thüringen beworben worden. Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus, sagte:**

„Thüringen hat sich in den letzten Jahren zur Wohlfühl-Zone für Neonazi-Veranstaltungen entwickelt. Das 'Lesertreffen' der 'Zuerst!' ist eine der wichtigsten Tagungen des deutschen Rechtsextremismus.“

Als offizieller Veranstalter trat der 1992 auf Initiative des langjährigen rechtsextremen Aktivisten und Verleger Dietmar Munier gegründete „Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen e.V.“ auf. Munier ist auch Herausgeber der Zeitschrift „Zuerst!“, die 2010 das Erbe des Traditionsblattes des deutschen Neonazismus („Nation & Europa“) übernommen hat. Jährlich or-

ganisiert die Zeitschrift ein „Lesertreffen“ mit regelmäßig mehreren hundert Teilnehmern, darunter auch immer wieder hochrangige Funktionäre des Neonazismus.

In der „Zuerst!“ kommen Vertreter des deutschen und europäischen Rechtsextremismus zu Wort, aber auch der Thüringer AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke gab zwei Interviews. Das Blatt durchziehen rassistische und geschichtsklitternde Artikel. Auf der Tagung in Zeulenroda waren eine Reihe einschlägiger Referenten angekündigt, unter anderem die FPÖ-Politikerin Barbara Rosenkranz.

Diana Skibbe, Abgeordnete der Linksfraktion aus Zeulenroda, hatte sich ebenfalls und ausdrücklich gegen diese Veranstaltung positioniert. Sie hatte den Betreiber des Hotels aufgefordert, „den Vertrag zu stornieren und den Ruf seines Hauses und der Stadt Zeulenroda nicht mit einer bundesweiten Veranstaltung des Rechtsextremismus in Verbindung zu bringen.“ ■